

Was ist Völkerrecht?

Bevölkerungsbefragung im Auftrag von
Operation Libero.

Auftraggeber

Operation Libero

Auftragnehmer

Forschungsstelle sotomo
Dolderstrasse 24
8032 Zürich

Autoren:

Michael Hermann
Gordon Bühler
Eveline Würgler

Zürich, August 2018



Inhaltsverzeichnis

1	Was ist Völkerrecht?	2
1.1	Ausgangslage	2
1.2	Resultate der Befragung	2
1.3	Methodik	8

1 Was ist Völkerrecht?

1.1 Ausgangslage

Am 25. November 2018 wird die Schweizer Stimmbevölkerung über die von der SVP initiierte Selbstbestimmungsinitiative «Schweizer Recht statt fremde Richter» abstimmen.

Im Vorfeld dieser Abstimmung führte die Forschungsstelle sotomo im Auftrag von Operation Libero eine Online Umfrage unter 6652 Personen durch. Die Befragten wurden gebeten zu beschreiben, was Völkerrecht ist.

Die Schweizerische Vereinigung für internationales Recht beschreibt in ihrer Publikation «Die Schweiz und das Völkerrecht» (2017) das Völkerrecht folgendermassen: Völkerrecht bedeutet eigentlich internationales öffentliches Recht. «Es ist damit das Recht, welches auf dem Konsens der Staaten beruht, wie er in Verträgen oder Gewohnheitsrecht zum Ausdruck kommt und welches Rechte und Pflichten von Staaten, aber heute auch von internationalen Organisationen wie etwa der UNO und von Individuen – etwa im Bereich der Menschenrechte – festlegt.»

1.2 Resultate der Befragung

1.2.1 Gesamtergebnis Völkerrecht

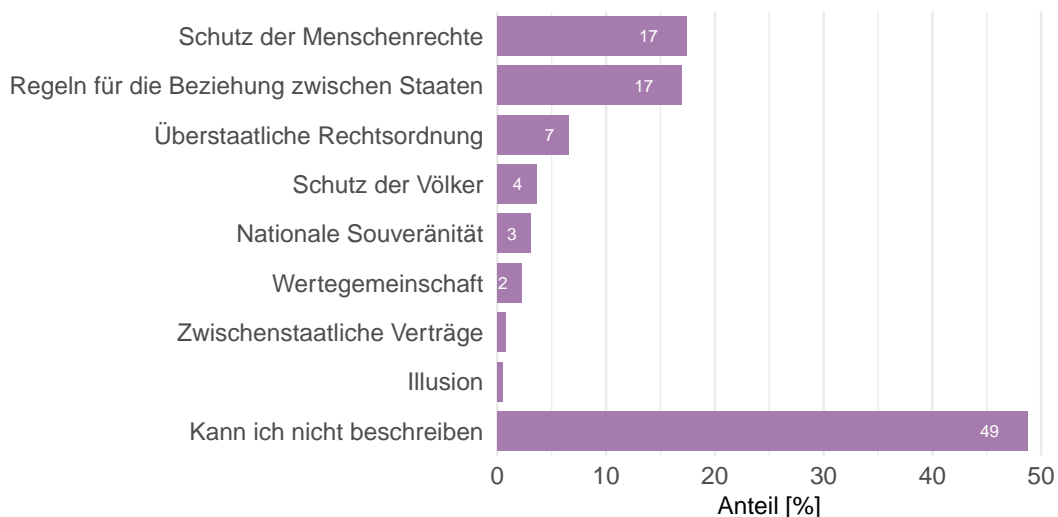


Abbildung 1: Gesamtergebnis Völkerrecht nach Kategorien gruppiert

49 Prozent der Befragten sagen, dass sie nicht beschreiben können, was man unter «Völkerrecht» versteht. 51 Prozent sagen, dass sie «Völkerrecht» beschrei-

ben können. Diese 51 Prozent können wiederum in acht Kategorien unterteilt werden.

- 17 Prozent dieser Befragten beschreiben das Völkerrecht als Schutz der Menschenrechte und mit Begriffen wie Demokratie und Meinungsfreiheit.
- Ebenfalls 17 Prozent verstehen Völkerrecht als Regeln für die Beziehung zwischen Staaten.
- Für 7 Prozent steht der überstaatliche Aspekt im Vordergrund.
- 4 Prozent verstehen das Völkerrecht als Schutz- und Existenzberechtigung der Völker.
- Für 3 Prozent bedeutet Völkerrecht, das Recht auf Selbstbestimmung des (Schweizer) Volkes.
- Für 2 Prozent ist die Wertegemeinschaft zentral.
- Weniger als 1 Prozent beschreibt Völkerrecht als zwischenstaatliche Abmachungen.
- Weniger als 1 Prozent hält das Völkerrecht für eine Utopie oder eine Illusion.

1.2.2 Völkerrecht nach Alter

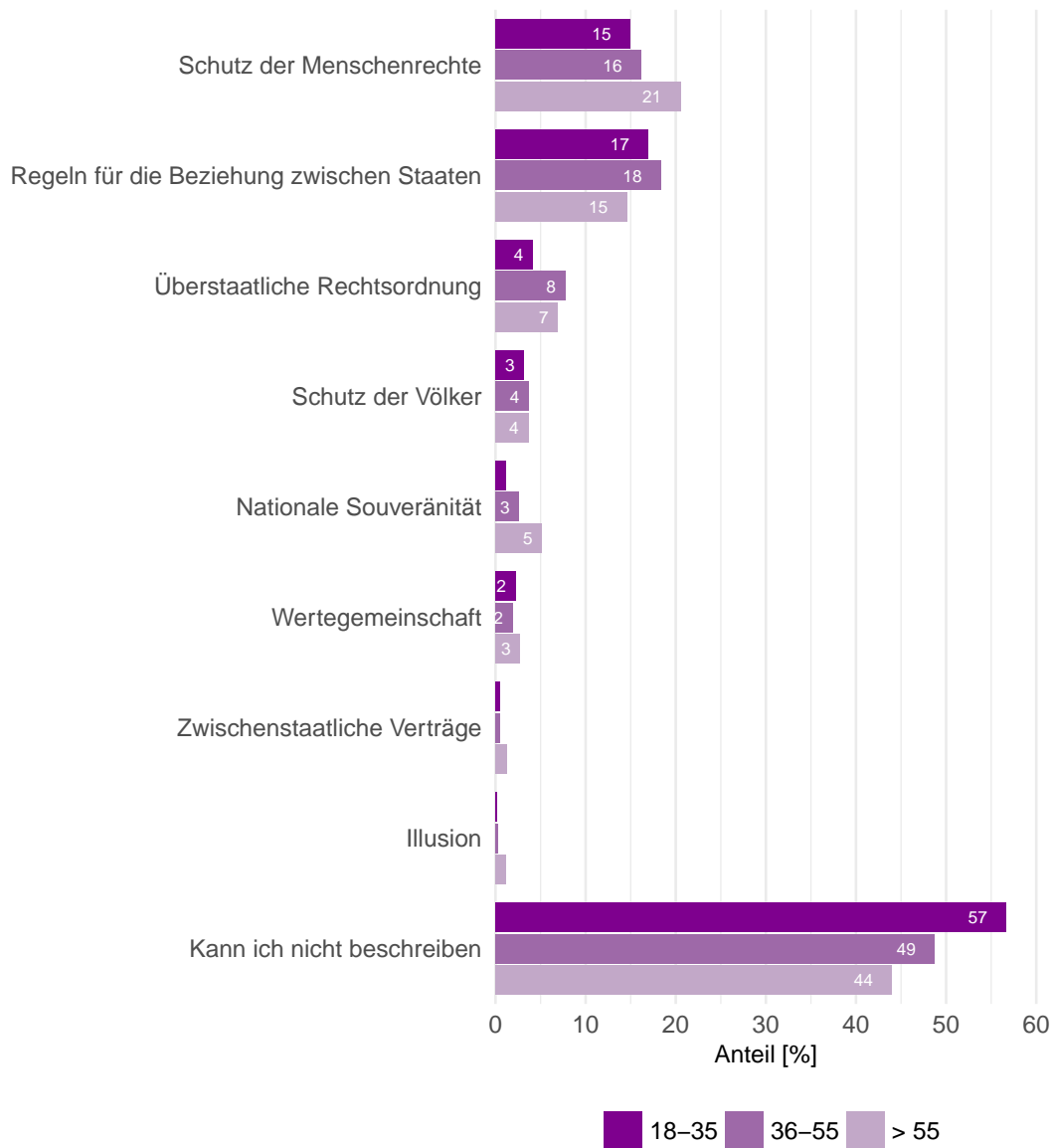


Abbildung 2: Völkerrecht nach Alter gruppiert

57 Prozent der Befragten zwischen 18-35 Jahren wissen nicht, was Völkerrecht ist. Diese Zahl nimmt mit dem Alter ab. Bei den über 55-jährigen können lediglich 44 Prozent nicht beschreiben, was Völkerrecht ist. Bei den Alterskategorien 18-35 und 36-55 Jahre wird Völkerrecht am meisten als Regeln für die Beziehungen zwischen Staaten erklärt. Die Gruppe der über 55-jährigen beschreibt das Völkerrecht vor allem als Schutz der Menschenrechte (21 Prozent).

1.2.3 Völkerrecht nach Geschlecht

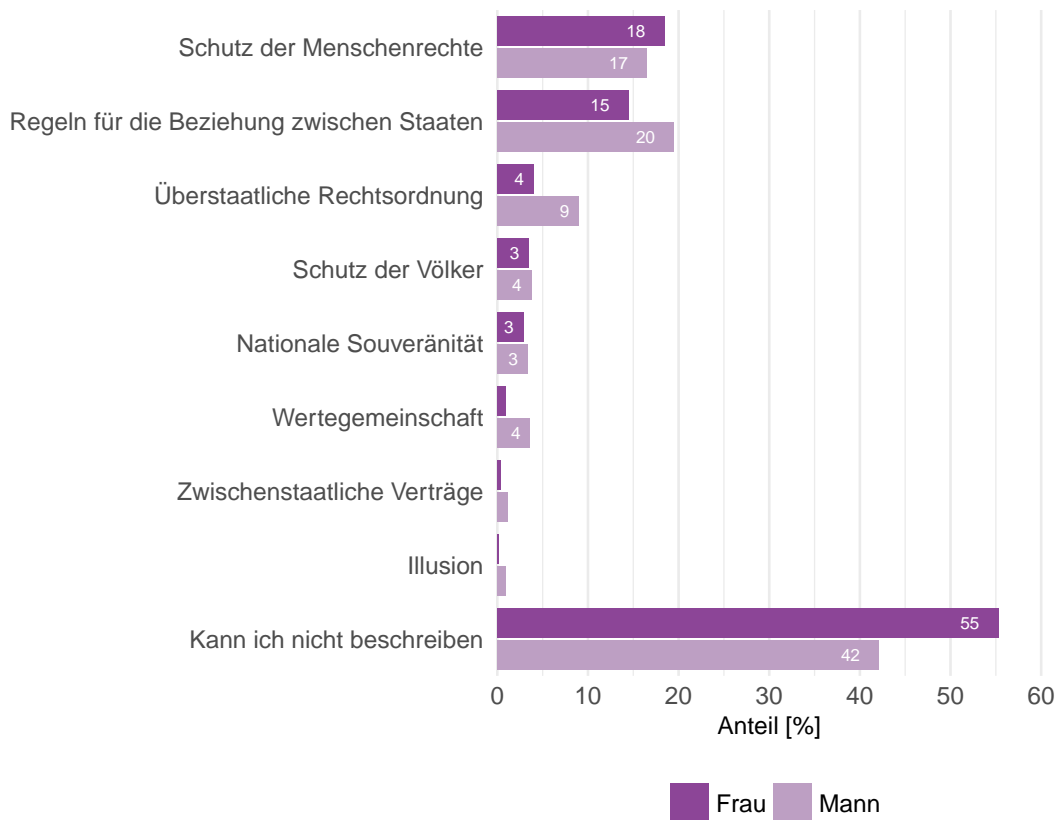


Abbildung 3: Völkerrecht nach Geschlecht gruppiert

55 Prozent der Frauen geben an, nicht beschreiben zu können, was Völkerrecht ist. Bei den Männern liegt diese Antwort deutlich tiefer bei 42 Prozent. Damit liegen die Frauen über dem allgemeinen Durchschnitt von 49 Prozent. Die meisten Männer (20 Prozent) definieren Völkerrecht als Regeln für die Beziehung zwischen Staaten, wohingegen die meisten Frauen (18 Prozent) Völkerrecht als Schutz der Menschenrechte beschreiben.

Deutliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen sind bei den Kategorien «Regeln für die Beziehungen zwischen Staaten» und «Überstaatliche Rechtsordnung» zu beobachten. Im Gegensatz zu 15 Prozent der Frauen, definieren 20 Prozent der Männer Völkerrecht als Regeln für die Beziehungen zwischen Staaten. Ebenso verhält es sich bei der Beschreibung des Völkerrechtes als Überstaatliche Rechtsordnung: 9 Prozent der Männer assoziieren Völkerrecht als Überstaatliche Rechtsordnung, während lediglich 4 Prozent der Frauen das tun.

1.2.4 Völkerrecht nach Bildung

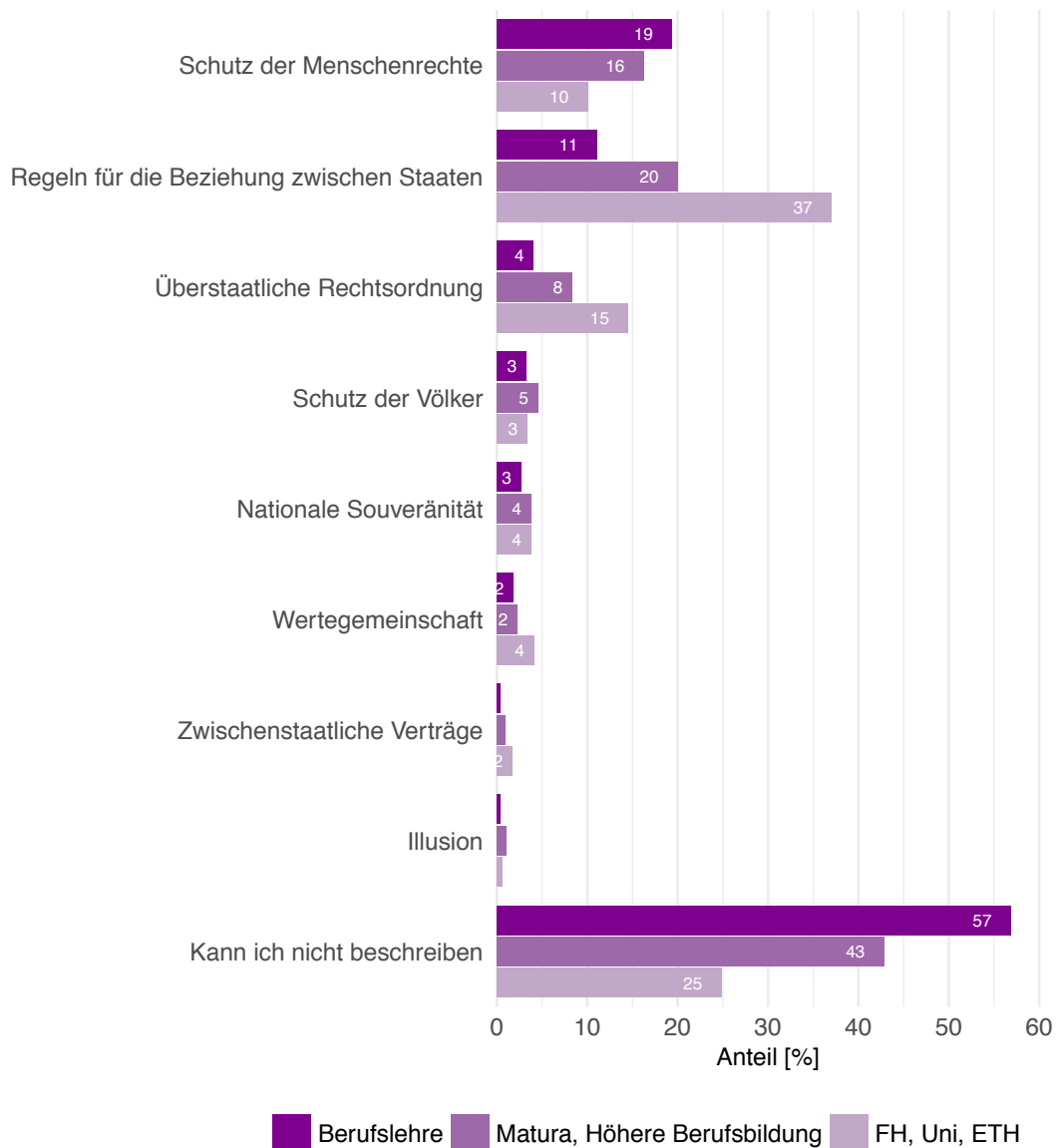


Abbildung 4: Völkerrecht nach Bildung gruppiert

(Abb. 4) zeigt deutlich, dass 57 Prozent der Befragten, die eine Berufslehre gemacht haben, nicht beschreiben können, was Völkerrecht ist. Mit höherer Bildung sinkt diese Zahl auf bis zu 25 Prozent bei der Personengruppe mit einem FH, Uni oder ETH Abschluss.

19 Prozent der Befragten mit einer Berufslehre beschreiben Völkerrecht als Schutz der Menschenrechte. 20 Prozent der mittleren Ausbildungskategorie (Matura, höhere Berufsbildung) definieren Völkerrecht als Regeln für die Beziehungen zwischen Staaten. Dasselbe gilt auch für die am höchsten Ausgebildeten,

die mit 37 Prozent Völkerrecht deutlich als Regeln für die Beziehungen zwischen Staaten beschreiben.

Auffallend sind die ersten drei Kategorien «Schutz der Menschenrechte», «Regeln für die Beziehungen zwischen Staaten» und «Überstaatliche Rechtsordnung». Hier sind klare Unterschiede zwischen dem Bildungsniveau und der Beschreibung, was Völkerrecht ist, zu sehen.

1.2.5 Völkerrecht nach Links-Rechts-Spektrum

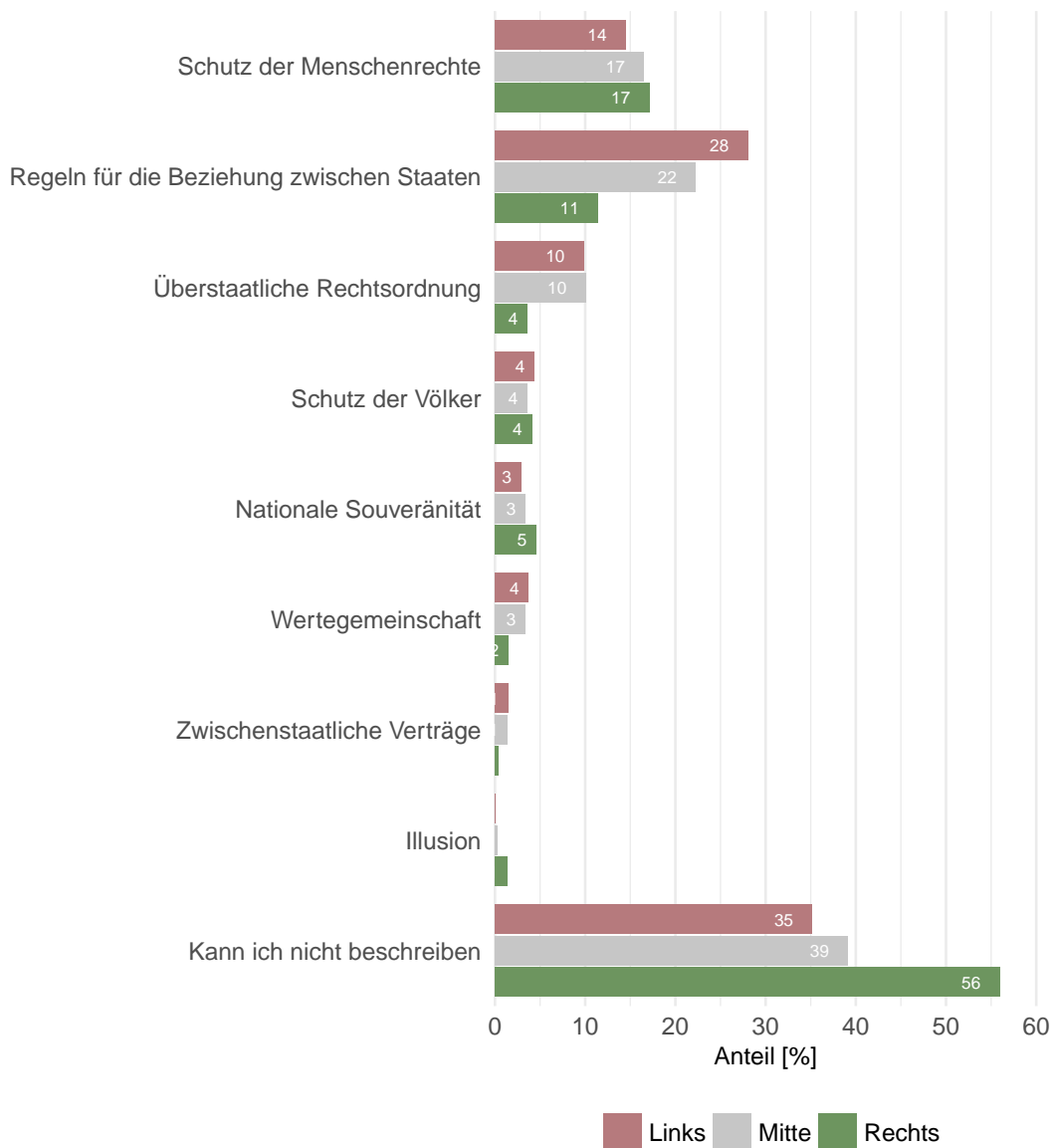


Abbildung 5: Völkerrecht nach Links-Rechts-Spektrum gruppiert

Als «links» zählen die Parteien SP und Grüne. Zur «Mitte» wurden Parteien CVP, FDP, GLP, BDP und EVP gerechnet. Als «rechts» wurden die Befragten gezählt, die von sich sagen, dass sie der SVP am nächsten stehen.

(Abb. 5) zeigt überraschenderweise, dass deutlich mehr Rechte (56 Prozent) als Linke (35 Prozent) nicht beschreiben können, was Völkerrecht ist. Auch die Mitte-Parteien mit 39 Prozent der Befragten, die nicht beschreiben können, was Völkerrecht ist, liegen unter dem allgemeinen Durchschnitt von 49 Prozent.

28 Prozent der Linken definieren Völkerrecht als Regeln für die Beziehungen zwischen Staaten, wohingegen nur 11 Prozent der Rechten das tun. 17 Prozent der Rechten beschreiben Völkerrecht als Schutz der Menschenrechte. 22 Prozent der Befragten der Mitte-Parteien beschreiben Völkerrecht als Regeln für die Beziehungen zwischen Staaten. Deutliche Unterschiede zwischen links und rechts sind vor allem bei den Kategorien «Regeln für die Beziehungen zwischen Staaten» und «Überstaatliche Rechtsordnung» zu sehen.

1.3 Methodik

1.3.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte zwischen dem 18. Und 30. Juli 2018 statt. In die Auswertung sind die Antworten von 6652 Personen eingeflossen. Die Befragten rekrutierten sich dabei selbst (*opt-in online survey*).

1.3.2 Repräsentative Gewichtung

Da die vorliegende Umfrage auf Selbstrekrutierung beruht und daher die Stichprobe in einem strukturellen Sinne nicht repräsentativ für die gewünschte Grundgesamtheit ist, wurde sie im Nachhinein mittels des IPF-Verfahrens (*Iterative Proportional Fitting* auch *Raking* oder *Raking Ratio* genannt) gewichtet. Als Grundgesamtheit definiert sich die erwachsene Bevölkerung der Schweiz. Zu den Gewichtungsmerkmalen gehören das Alter, das Geschlecht, der Ausbildungsstand, sowie die politische Ausrichtung (Parteipräferenz). Diese Gewichtung gewährleistet eine hohe soziodemographische und politische Repräsentativität der Stichprobe. Der Stichprobenfehler, wie für Zufallsstichproben berechnet, lässt sich nicht direkt auf opt-in Umfragen übertragen. Die Repräsentativität ist aber vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Stichprobenfehler von +/- 2 Prozent.